



KOMMENTAR ZU WIRTSCHAFT UND POLITIK 2/2/2018

## Die neue deutsche Europapolitik hat keine Interessen

Das Wunder Europa ist jedoch aus Interessenkonflikten hervorgegangen

von THOMAS MAYER und NORBERT F. TOFALL

- Die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD lassen eine neue deutsche Europapolitik erwarten, in der die Vertretung deutscher Interessen keine Rolle mehr spielt.
- Diese neue deutsche Europapolitik dürfte die Spaltung Europas vertiefen. Es besteht sogar die Gefahr, daß die mittel- und osteuropäischen Länder die Europäische Union verlassen.
- Eine deutsche Europapolitik muß dem französischen Hang zum Staatsinterventionismus und zur Planification offen entgegentreten und entschlossen und konsequent wirtschaftsliberale Positionen und deutsche Ordnungspolitik à la Ludwig Erhard vertreten.

### I.

Seit dem Untergang des römischen Reiches war es in Europa nicht mehr gelungen, ein Reich zu errichten. Es gab zwar eine Reichsidee und ein Kaisertum, aber allein schon die Interessenkonflikte zwischen Kaiser und Papst seit der päpstlichen Revolution im 11. bis 13. Jahrhundert<sup>1</sup> sowie die Interessenkonflikte und der Wettbewerb zwischen den Landesfürsten verhinderten, daß die Anzahl der politischen Herrschaftsgebiete und später der Nationalstaaten „auf eins zusammenschumpfte, auf ein einziges beherr-

schendes Reich – allen Ambitionen Karls des Großen, Karls V. oder Napoleons zum Trotz.“<sup>2</sup> Das ist der Grund, weshalb einzig und allein in Europa die politisch bemerkenswerte Leistung gelang, „Willkürherrschaft einzuschränken, somit Risiko und Unsicherheit zu vermindern, produktivere Investitionen anzuregen und ein Wachstum zu fördern.“<sup>3</sup> Dabei war die Ausdeh-

---

<sup>1</sup> Siehe das Kapitel „Der Ursprung der westlichen Rechts-tradition in der päpstlichen Revolution“ in: HAROLD J. BERMAN: *Recht und Revolution. Die Bildung der westlichen Rechtstradition*, übersetzt von Hermann Vetter, Frankfurt a. M. (Suhrkamp) 1991, S. 144 – 198.

---

<sup>2</sup> ERIC L. JONES: *Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens*, 2. deutsche Auflage, erweitert um das Nachwort zur 3. englischen Auflage, übersetzt von Monika Streissler, Tübingen (Mohr) 2012, S. XLII sowie S. 121.

<sup>3</sup> Ebenda S. XVI sowie HANS ALBERT: „Europa und die Zähmung der Herrschaft. Der europäische Sonderweg zu einer offenen Gesellschaft“, in: DERS.: *Freiheit und Ordnung. Zwei Abhandlungen zum Problem einer offenen Gesellschaft*, Tübingen (Mohr) 1986, S. 9 – 59.



nung der Marktwirtschaft in Europa von wesentlicher Bedeutung. Neben den Märkten für Massengüter bildeten sich in Europa effiziente Faktormärkte heraus, so daß Transaktionen von Boden und Arbeitskräften ermöglicht wurden.<sup>4</sup> Die Liberalisierung der Faktormärkte, insbesondere der freier werdende Verkauf und Erwerb von Boden und die Freizügigkeit von Arbeitskräften, führte zusammen mit dem politischen Wettbewerb zwischen den Staaten sowohl zur allmählichen Beschränkung von Willkürherrschaft als auch zur Verbreitung und Durchsetzung immer besserer ökonomischer, technischer, administrativer und kultureller Innovationen in ganz Europa.

Diese Entwicklungen sind nicht die Folge weiser rationaler konstruktivistischer Politik und menschlichen Entwurfs, sondern stellen die nicht-intendierten Folgen von massiven Interessenkonflikten und politischen Kämpfen dar. Der Papst wollte im 11. Jahrhundert in seiner Auseinandersetzung mit dem Kaiser keinen freiheits-schaffenden Prozeß der Säkularisation anstoßen.<sup>5</sup> Der Papst wollte die Macht über den Kaiser. Und der Kaiser wollte die Macht über den Papst.<sup>6</sup> Gleiches gilt für den Wettbewerb zwischen Staaten. Der eine Staat wollte die Herr-

schaft über den anderen. Aus diesen vielfältigen Interessenkonflikten und Machtkämpfen entwickelten sich in langen historischen Prozessen evolutionär Regeln und Regelsysteme, die in Europa weit vor der industriellen Revolution erhöhtes Wirtschaftswachstum ermöglichten, weil die Verständigung zwischen den Konfliktparteien und die Einigung auf diese Regeln und Regelsysteme unter den gegebenen Machtkonstellationen sowohl unausweichlich als auch für die Konfliktparteien von Vorteil waren.

Allgemein formuliert: Regeln und Regelsysteme, die für alle beteiligten Konfliktparteien von Vorteil und auf Dauer tragfähig sind, entwickeln sich in der politischen und ökonomischen Praxis nur, wenn erstens von jedem die eigenen Interessen formuliert und offen gegen die Interessen der anderen gestellt werden und wenn zweitens eine Machtkonstellation vorherrscht, in welcher keine Partei der anderen ihren Willen aufzwingen kann, so daß drittens die Konfliktparteien früher oder später gezwungen sind, sich auf Regeln und Regelsysteme der Konfliktlösung und des Interessenausgleiches zu verständigen. Verzichtet jedoch eine Seite auf die Formulierung und Vertretung der eigenen Interessen, dann ist die Gefahr sehr groß, daß die ausgehandelten Konfliktlösungen und die vereinbarten Interessenausgleiche auf Dauer nicht tragfähig, weil nicht für alle Seiten von Vorteil sind. Der Verzicht auf die Formulierung und Vertretung der eigenen Interessen führt deshalb nicht zur Stabilisierung der Interaktion und Kooperation mit den anderen Menschen, Parteien oder Staaten, sondern zu verschobenen und potenzierten, weil im Stillen akkumulierten Konflikten. Politische und ökonomische Systeme werden durch den Verzicht auf die Vertretung der eigenen Interessen nicht stabiler, sondern fragiler.

---

<sup>4</sup> Vgl. ERIC L. JONES: *Das Wunder Europa*, a.a.O., S. XXIV.

<sup>5</sup> Siehe das Kapitel „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“ in: ERNST-WOLFGANG BÖCKENFÖRDE: *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zu Staatstheorie und Verfassungsrecht*, Frankfurt a. M. (Suhrkamp) 1976, S. 42 – 64.

<sup>6</sup> Siehe HAROLD J. BERMAN: *Recht und Revolution...* a.a.O., S. 146: „1075 verkündete Papst Gregor VII. nach fünfundzwanzig Jahren der Agitation und Propaganda der päpstlichen Partei die politische und juristische Oberhoheit des Papsttums über die gesamte Kirche sowie die Unabhängigkeit des Klerus von weltlicher Kontrolle. Gregor verkündete auch die letztendliche Oberhoheit des Papstes in weltlichen Angelegenheiten einschließlich der Befugnis, Kaiser und Könige abzusetzen. Der Kaiser – Heinrich IV. von Sachsen – reagierte mit militärischen Aktionen. Der Bürgerkrieg zwischen der päpstlichen und der kaiserlichen Partei tobte mit Unterbrechungen bis 1122, als mit dem Wormser Konkordat ein endgültiger Kompromiß erzielt wurde.“



## II.

Angesichts der Krise der Europäischen Union und der nur notdürftig geflickten, wackligen Währungsunion ist es zu begrüßen, daß die sich derzeit vermutlich bildende „Große Koalition“ in Berlin die Europapolitik an die erste Stelle ihres Regierungsprogramms setzen will. Doch die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD lassen eine Europapolitik erwarten, in der die Vertretung deutscher Interessen keine Rolle mehr spielt. Damit würde die „GroKo“ zum einen den radikalen Bruch mit der früheren deutschen Politik seit Konrad Adenauer bringen und sämtliche in deutschem Interesse erreichten Vereinbarungen zur Abräumung freigeben. Zum anderen würde sie die Krise der Europäischen Union nicht lösen helfen, sondern potenzieren.

### **Europapolitik als französisch-deutscher Interessenausgleich**

Seit Ende des zweiten Weltkriegs war die Europapolitik durch die Suche nach einem Ausgleich französischer und deutscher Interessen gekennzeichnet. Die französische Seite hatte aus den Folgen des Vertrags von Versailles von 1918 die Lehre gezogen, daß Europa politisch nicht stabilisiert werden konnte, wenn andere Europäische Länder deutsche Interessen mißachteten. Die deutsche Seite hatte aus dem Absturz der Weimarer Republik in den Nationalsozialismus gelernt, daß die Einbettung Deutschlands in europäische Strukturen in ihrem Interesse war. Dies schuf die Grundlage für eine neue europäische Zusammenarbeit.

Aus französischer Sicht sollte durch die Europapolitik die Sicherheit des Landes durch eine bessere politische Kontrolle der Wirtschaftsmacht Deutschlands gestärkt und der französische politische Einfluss in Europa und in der Welt vergrößert werden. Aus deutscher Sicht diente die Europapolitik zur Aussöhnung mit

den Nachbarländern nach zwei Kriegen, von denen der erste zum Teil und der zweite in Gänze von Deutschland ausgingen. Außerdem versprach sich Deutschland durch die Einbettung in europäische Strukturen günstigere Bedingungen für den Wiederaufbau und die spätere Entwicklung der Wirtschaft.

Die europäische Zusammenarbeit erwies sich für beide Länder als sehr vorteilhaft, war aber immer von der Schwierigkeit überschattet, zwei gegensätzliche Ansätze in der Wirtschaftspolitik unter einen Hut zu bringen. Nach dem zweiten Weltkrieg sah man in Frankreich den Staat in der Pflicht, die Wirtschaft zu führen. In der „Planification“ wurden der Industrie Ziele vorgegeben, an denen sie sich orientieren sollte. Später versuchte man, durch „Globalsteuerung“ mit Fiskal- und Geldpolitik die Gesamtwirtschaft auf Kurs zu halten. Als die Fiskalpolitik durch Überschuldung des Staates und die Geldpolitik durch den Verfall der Währung ihre Kräfte verloren, sollte eine europäische Währung Abhilfe schaffen.

In Deutschland trugen Währungsreform und Ende der Preiskontrollen zum Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit bei. Mit Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister erlebte der Liberalismus in dem ehemals „national“ und „sozialistisch“ gefärbten Land einen kleinen Frühling. Die „Generation Erhard“ hielt nichts von Industriepolitik und flirtete nur kurz mit der Globalsteuerung. Sie begegnete dem französischen Partner in der Europapolitik mit marktliberalen Gegenentwürfen zu den von dort kommenden staatswirtschaftlichen Projekten.

### **„Immer engere Union“ verschärft die Interessengegensätze**

Je weiter das Projekt der europäischen Zusammenarbeit jedoch vorankam, desto schwieriger wurde der Ausgleich der französisch-deutschen Gegensätze. Bei der 1951 gegründeten Mon-



tanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) herrschte noch großes Einvernehmen. Mit dem Freihandel für Kohle und Stahl und der Gründung einer „Hohen Behörde“ zur Überwachung und Regulierung dieser Industriezweige gewann Frankreich zusammen mit anderen europäischen Partnerländern (die im Krieg ebenfalls Gegner Deutschlands gewesen waren) Kontrolle über die deutsche Rüstungsindustrie. Dies war für Deutschland ein geringer Preis für die mit der Montanunion erreichte Wiederaufnahme in die europäische Völkergemeinschaft.

Die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) brachte der erstarkenden deutschen Industrie zollfreien Zugang zum gesamten Wirtschaftsraum der Mitgliedsländer. Gleichzeitig erhielt Frankreich mit der in der EWG verankerten Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) Schutz für seine politisch wichtigen Bauern. Der Preis der GAP waren Überproduktion und eine hohe Belastung des Haushalts der EWG. Für Deutschland als großen Beitragszahler zu diesem Haushalt war das immer noch akzeptabel, da es vom Freihandel mit Industriegütern innerhalb der EWG erheblich profitierte.

Das Europäische Währungssystem (EWS) wurde 1979 als Nachfolger des acht Jahre zuvor gescheiterten Werner Plans aus der Taufe gehoben, mit dem eine einheitliche europäische Währung eingeführt werden sollte. Aus französischer Sicht sollte das EWS dazu dienen, den Wechselkurs des Francs zu stabilisieren, der durch eine inflationäre Wirtschaftspolitik während der siebziger Jahre stark gelitten hatte. Die deutsche Seite hatte kein Interesse an einem System fester Wechselkurse. Dagegen hatte der ursprünglich als Verteidigungsminister in die Regierung Willy Brandts eingetretene Bundeskanzler Helmut Schmidt Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit Frankreich auf militärischem Gebiet. Schmidt unterstützte daher die Pläne des französischen Staatspräsidenten Gis-

card D'Estaing für das EWS in der Hoffnung auf engere Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik. Schmidts Hoffnungen erwiesen sich jedoch als trügerisch. Außerdem widersetzte sich die Deutsche Bundesbank dem französischen Verlangen nach einer Unterordnung der deutschen Geldpolitik unter die im EWS festgelegten Wechselkurse. Schließlich kollabierte das System 1993 unter den durch die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 erzeugten Spannungen auf den Devisenmärkten. Das EWS war an den französisch-deutschen Interessenunterschieden gescheitert.

Der französische Staatspräsident Mitterand hatte große Vorbehalte gegen die nach dem Fall der Berliner Mauer von Bundeskanzler Kohl vorangetriebene deutsche Wiedervereinigung. Wie seine britische Amtskollegin Margret Thatcher fürchtete er einen zu großen Einfluss eines vereinten Deutschlands in Europa. Im Gegensatz zu Thatcher sah er jedoch, daß die Vereinigung wohl nicht zu verhindern war. Seine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung machte er aber von Deutschlands Bereitschaft abhängig, in eine europäische Währungsunion einzutreten.<sup>7</sup> Als Ausgleich für die Vergrößerung Deutschlands wollten Mitterand und seine Berater die Abschaffung der die deutsche Wirtschaftsmacht symbolisierenden D-Mark und die Entmachtung der von ihnen gefürchteten Bundesbank. Kohl akzeptierte Mitterands Preis. Doch die einheitliche europäische Währung wurde mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen ihrer Erzeuger über ihren Charakter geboren.

### **Der faule Kompromiss zur EWU**

Die Vorstellungen über die Funktion des Geldes können sehr unterschiedlich sein. Aus wirtschaftsliberaler Sicht ist Geld ein Mittel zum

---

<sup>7</sup> Siehe dazu THOMAS MAYER: *Europas unvollendete Währung. Wie geht es weiter mit dem Euro?*, Weinheim (Wiley) 2013, S. 37



Tausch und zur Wertaufbewahrung. Es entwickelt sich „spontan“, d.h. ohne bewußte Planung, aus einer Ware mit entsprechenden Eigenschaften durch gesellschaftliche Übereinkunft. So gesehen ist Geld ein von Bürgern für Bürger geschaffenes soziales Instrument, kurz Bürgergeld.

Aus staatswirtschaftlicher Sicht ist Geld dagegen ein Mittel zur Verfolgung politischer Ziele. Es wird vom Staat als „gesetzliches Zahlungsmittel“ definiert und von ihm oder einer ihm unterstellten Zentralbank herausgegeben. Die Ausgabe von Staatsgeld kann zur Finanzierung des Staates, zur Stimulierung oder Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung oder zur Erreichung eines bestimmten Ziels für den Preisanstieg eines bestimmten Warenkorbs erfolgen.

Frankreich und Deutschland hatten entgegengesetzte Vorstellungen über den Charakter der einheitlichen europäischen Währung. Für Frankreich sollte diese Währung zweifellos Staatsgeld sein. Schließlich ging es Mitterrand um die Wiedergewinnung politischer Souveränität, die unter der Finanzmacht der deutschen Bundesbank gelitten hatte. Für die „Generation Erhard“ hoher deutscher Beamter, die für Deutschland den Vertrag zur Währungsunion ausgehandelt hatte, sollte die europäische Währung als Nachfolger der D-Mark den Charakter von Bürgergeld erhalten: Wie die D-Mark sollte sie fern der Politik mit dem einzigen Ziel ausgegeben werden, ein robustes Mittel zum Tausch und zur Wertaufbewahrung zu sein.

Die „Generation Erhard“ wollte die französische Seite durch entsprechende Verträge auf ihre Sicht festlegen. Da die französische Seite die Zustimmung der deutschen zur Aufgabe der D-Mark brauchte, konnte sie sich den Verträgen

nicht entziehen. Aber sie konnte versuchen, die Vertragstexte so weit zu verwässern, daß Einschränkungen der Vereinbarungen und verschiedene Interpretationen möglich wurden. Heraus kamen Texte, die sich als wenig belastbar erweisen sollten.

### **In der Krise wird der Euro zum Staatsgeld**

Von Anfang an wurden die vertraglichen Vereinbarungen so locker interpretiert, daß Länder in die Währungsunion (EWU) aufgenommen werden konnten, die zu hohe Staatsschulden oder zu geringe wirtschaftliche Flexibilität aufwiesen, um ohne Finanzhilfen dort überleben zu können. Außerdem wurden im ersten Jahrzehnt des Bestehens der EWU die vertraglichen Vereinbarungen zur Gestaltung der Fiskalpolitik regelmäßig und ohne Konsequenzen verletzt. Im Rückblick ist es nicht verwunderlich, daß die EWU unter dem Druck der Großen Finanzkrise seit 2008 zu zerfallen drohte. Verwunderlich ist es eher, wie lange sie bis dahin gehalten hatte.

In den Jahren von 2010 bis 2012 versuchten die verantwortlichen Politiker, die EWU durch Beugung oder Umgehung der Vertragstexte zu retten.<sup>8</sup> Nach gelungener Rettung sollte wieder ein enger an die ursprünglichen Verträge angelehnter Zustand hergestellt werden. Doch jeder Versuch zur Rückkehr auf den Boden der ursprünglichen Verträge vertiefte nur die Krise. Es wurde immer klarer, daß die EWU in ihrem bestehenden Zustand auf der Grundlage der ursprünglich geschlossenen Verträge nicht gerettet werden konnte.

Mit seinem berühmte Versprechen, „zu tun was immer nötig ist“, um die EWU zu retten, beendete EZB-Präsident Draghi die offene Krise der EWU und stellte die Europäische Zentralbank zur finanziellen Absicherung von Staaten und

---

<sup>8</sup> Siehe ROLAND VAUBEL: *Das Ende der EUromantik. Neustart jetzt*, Wiesbaden (Springer) 2018, S. 75 – 110.



Banken mit Zahlungsschwierigkeiten auf.<sup>9</sup> Mit seinen Worten, die von den führenden Politikern Europas unwidersprochen blieben, legte Draghi aber auch den Charakter des Euro als Staatsgeld fest. Ohne eine politische Übereinkunft zur politischen Union der Eurostaaten entstand ein Euro-Schattenstaat mit der EZB als Euro-Schattenregierung. Da diesem Gebilde jedoch jegliche demokratische und rechtliche Legitimität fehlt, ist es instabil und der Euro weiterhin vom Scheitern bedroht, wenn es nicht zur offenen Euro-Staatsgründung kommt. Dafür aber fehlt in den Völkern der EWU-Mitgliedsländern jegliche politische Bereitschaft.

### **Aufgabe deutscher Interessen**

Die entstehende Regierung von CDU/CSU und SPD hat signalisiert, daß sie französischen Vorstellungen für eine Reform der EWU weitgehend zustimmen will. Sie will

- EU-Regeln für Mindestlöhne und soziale Grundabsicherung,
- eine einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestgrenzen für Sätze bei der Unternehmensbesteuerung,
- einen Europäischen Währungsfonds (EWF) als Institution der EU als Nachfolger des Stabilitätsmechanismus
- im EWF angesiedelte Fazilitäten für Stabilisierungspolitik und einen Investivhaushalt
- und höhere deutsche Beiträge zum EU-Haushalt bezahlen.

Gleichzeitig hat der amtierende Bundesfinanzminister Altmaier deutsches Einverständnis zur

---

<sup>9</sup> Siehe auch NORBERT F. TOFALL: *Der EuGH, die EZB und Italien*, Kommentar zu Wirtschaft und Politik des FLOSSBACH VON STORCH RESEARCH INSTITUTE vom 18. August 2017, online abrufbar unter: [www.fvs-ri.com](http://www.fvs-ri.com)

Schaffung einer gemeinsamen Versicherung der Bankeinlagen für den gesamten Euroraum angezeigt.

Die von der werdenden Regierung eingeschlagene Richtung für die Europapolitik läuft auf die Aufgabe der während der vergangenen Jahrzehnte verfolgten deutschen Interessen in der Europapolitik hinaus. Die Ziele, Nationalstaaten für Folgen ihrer Politik finanziell selbst aufkommen zu lassen und der Wirtschaft größtmögliche Freiheit zu geben, gelten nicht mehr. Haftung soll vergemeinschaftet, Investitionen staatlich gesteuert und die Wirtschaft schärfer reguliert werden. Der deutsche Steuerzahler soll größere Beiträge für den EU-Haushalt leisten, obwohl Deutschland schon heute der größte Nettozahler ist. Und die deutschen Banken sollen die Einlagenversicherung in anderen Ländern (mit-)finanzieren. Diese Politik richtet sich nicht nur gegen die Interessen Deutschlands, sondern wird auch die Spaltung Europas vertiefen.

### **Gespaltenes Europa**

Keine andere EWU-Mitgliedsregierung wird der Aufgabe nationaler Interessen durch eine neue deutsche Bundesregierung folgen. Daher wird die neue deutsche Europapolitik Anklang bei den davon begünstigten Staaten Lateineuropas finden, von anderen dagegen bekämpft werden. Es ist kaum anzunehmen, daß Regierungen in Ländern wie Österreich, die Niederlande oder die Slowakei ebenfalls ihre Segel vor den Ansprüchen der von Frankreich angeführten Gruppe der lateineuropäischen Länder streichen werden.

Außerdem werden die neuen Regulierungen für Unternehmen und mehr Finanzmittel für die Eurozone jenen EU-Mitgliedsländern kaum gefallen, die nicht gleichzeitig Mitglied der Währungsunion sind. Schon der Austritt Großbritanniens aus der EU reißt ein Loch von mehr als 10



Milliarden Euro pro Jahr in den künftigen EU-Haushalt. Wenn nun noch Mittel zu den Euroländern umgeleitet werden, bleibt insbesondere für die Ostländer der EU weniger übrig, auch wenn der deutsche Steuerzahler stärker zur Kasse gebeten wird. Gleichzeitig werden EU-weite Mindestlöhne und die Harmonisierung der Besteuerung von Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder im Binnenmarkt verringern. Alles in allem sinkt die wirtschaftliche Attraktivität der EU für die Ostländer. In einigen dieser Länder sind illiberale Regierungen an die Macht gekommen, die sich gegen die von Deutschland inspirierte permissive Zuwanderungspolitik der EU sperren und sich rechtspolitische Belehrungen durch Organe der EU verbitten. EU-Ratspräsident Tusk hat darauf hingewiesen, daß Polen künftig die EU verlassen könnte, wenn die reichlichen Finanzmittel aus EU-Töpfen versiegen. Ungarn, Tschechien und einige kleinere Länder könnten folgen. Würden diese Länder in die Fußstapfen Großbritanniens treten, würde das Bruttoinlandsprodukt der EU insgesamt um ein Fünftel kleiner.

Es war Deutschland, das den Beitritt Großbritanniens zur EU unterstützte, um einen wirtschaftsliberalen Partner zu gewinnen. Frankreich hatte sich viele Jahre lang dagegen gesperrt, weil es den liberalen britischen Einfluss fürchtete. Es war Deutschland, das sich für den EU-Beitritt der Ostländer nach dem Zerfall der Sowjetunion stark machte, um die Aussöhnung auch nach Osten zu richten. Frankreich stand dem skeptisch bis abweisend gegenüber, weil es in einer größeren EU seinen Einfluss schwinden sah. Und es war Deutschland, das auf eine Geldordnung für die Währungsunion pochte, in der jedes Mitglied für seine Finanzen selbst verantwortlich sein sollte, um Finanzdisziplin zu erhalten. Frankreich sah in einer einheitlichen europäischen Währung vor allem ein Instrument für die Politik.

Gegen deutsches Interesse wurde der Euro während der Eurokrise zu einem politisch verwendbaren Instrument zur Finanzierung klammer Eurostaaten umfunktioniert. Mit dem Brexit verliert Deutschland einen wirtschaftsliberalen Partner in der EU. Käme es nun auch noch zum Austritt Polens und anderer Ostländer aus der EU wäre die seit Ende der 1980er Jahre verfolgte Europapolitik Deutschlands umfassend gescheitert. Die französische Seite hätte ihr Ziel erreicht: Eine kleinere EU, in der sie mit gleichgesinnten Staaten die Wirtschaft regulieren und über die Geldversorgung verfügen könnte.

### III.

Daß der französische Staatspräsident Emmanuel Macron französische Interessen vertritt und versucht, das französische Wirtschaftsmodell durchzusetzen, ist nicht nur vollkommen legitim, sondern seine erste Pflicht als französischer Staatspräsident. Daß jedoch die deutsche Regierung auf die Formulierung und Vertretung eigener deutscher Interessen verzichtet, ist nicht nur politisch dumm, sondern wird die Krise der Europäischen Union potenzieren statt lösen. Durch diesen Verzicht wird es in Europa fast unmöglich, zu einem auf Dauer tragfähigen Interessenausgleich und zu tragfähigen Regeln in der EU und der EWU zu gelangen, die alle 27 verbliebenen EU-Länder auf Dauer einhalten werden.

Gerade nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU müßte eine deutsche Europapolitik dem französischen Hang zum Staatsinterventionismus und zur Planifikation offen entgegentreten und entschlossen und konsequent wirtschaftsliberale Positionen und deutsche Ordnungspolitik à la Ludwig Erhard vertreten. Das heißt konkret: Damit Europa auf Dauer zusammengehalten und weiter zusammenwachsen kann und nicht weiter gespalten wird, muß der Euro zum Bürgergeld rückgebaut und der Wettbewerb im



Binnenmarkt gestärkt werden. Die neue Bundesregierung sollte unter anderem

- auf ein Ende der monetären Staatsfinanzierung durch die EZB,
- auf eine Reform der Stimmrechte im EZB-Rat mit einer Stimmverteilung entsprechend der Wirtschaftsgröße eines Landes,
- auf den Wechsel von der gegenwärtigen aktivistischen zu einer langfristigen orientierten Geldpolitik zur Verfolgung des Ziels der Preisstabilität,
- auf die Begrenzung und schärfere Konditionierung von Finanzhilfen durch den ESM (oder einen ihm folgenden Europäischen Währungsfonds),
- auf die Möglichkeit zur Umschuldung und den Austritt überschuldeter und nicht wettbewerbsfähiger Euroländer aus dem Euro,
- auf einen effektiveren Außenschutz der Grenzen des Schengenraums,
- auf eine Vereinheitlichung des Asylrechts,
- auf eine Verhinderung von Zuwanderung in die Sozialsysteme,
- auf einen weiteren Abbau der Handelshemmnisse im europäischen Binnenmarkt,
- auf die Steigerung der Effektivität und Effizienz der unzähligen EU-Fördertöpfe
- und auf eine Neuausrichtung und Begrenzung des EU-Haushalts auf zukunftsorientierte Projekte statt auf die Subventionierung der Landwirtschaft

drängen.

Die Bundesregierung sollte sich vorbehalten, Deutschland aus Gemeinschaftsprojekten zurückzuziehen, wenn vitale deutsche Interessen verletzt werden. So sollte sich die Bundesbank aus dem Kaufprogramm für Wertpapiere und dem Interbank-Zahlungssystem Target 2 zurückziehen, wenn sich Deutschland mit seinem Wunsch nach Beendigung der monetären Staatsfinanzierung durch die EZB und der Neuverteilung der Stimmrechte nicht durchsetzen kann. Für den Notfall, daß der Euro seine Entwicklung zu weichem Staatsgeld fortsetzen sollte, muß sich Deutschland zumindest die Option schaffen, ein eigenes Bürgergeld als Parallelwährung zum Euro einzuführen.

Die Bundesregierung sollte sich außerdem

- für eine engere europäische Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik im Rahmen der NATO,
- für deutlich erhöhte und den heutigen Herausforderungen angemessene Verteidigungsausgaben aller EU-Länder,
- einen gemeinsamen Auftritt der EU in wichtigen internationalen Organisationen (insbesondere der UN) und
- mehr Subsidiarität in der Regierungsstruktur der EU und die Stärkung der nationalen Parlamente

einsetzen.

Bei der Formulierung und Vertretung dieser und anderer deutscher Interessen geht es nicht darum, Frankreich oder andere europäische Länder vor den Kopf zu stoßen oder gar ihre Unterordnung zu fordern. Interessenkonflikte können jedoch nur zu einem tragfähigen Ausgleich gebracht werden, wenn die





Interessen in einem ersten Aufschlag offen formuliert und notfalls gegen die Interessen der anderen gestellt werden. Anderenfalls akkumulieren sich die stillen Konflikte. Deutschland könnte deshalb mit Zeitverzögerung zum größten Störpotential der europäischen Einigung werden, weil die akkumulierten Konflikte und Problemverschleppungen die politische und

gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland zu einer gefährlichen Dynamik steigern. Die europäische Gesinnung Deutschlands zeigt sich nicht im Verzicht auf die Vertretung und Formulierung eigener Interessen, sondern im anschließenden Interessenausgleich unter allen EU-Ländern. Das Wunder Europa ist nicht aus der Interessenmonopolisierung entstanden, sondern aus dem Interessenkonflikt.



## RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

**Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG**

© 2018 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

## IMPRESSUM

*Herausgeber* Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, [research@fvsag.com](mailto:research@fvsag.com); *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, [www.bafin.de](http://www.bafin.de); *Autoren* Prof. Dr. Thomas Mayer und Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 1. Februar 2018